

Geschäftsordnung des VBI – Landesverbandes Berlin-Brandenburg

Beschlossen in der Mitgliederversammlung am 17. November 2011

§ 1 Definition und Aufgaben des Landesverbandes

- (1) Entsprechend §17 der Satzung des Verbandes Beratender Ingenieure VBI werden Landesverbände durch Beschluss des Verbandstages eingerichtet und aufgelöst.
- (2) Dem Landesverband Berlin - Brandenburg gehören alle persönlichen Vertreter der Mitgliedsunternehmen an, die innerhalb der Grenzen des Landesverbandes ihren beruflichen Sitz haben.
- (3) Der Landesverband Berlin – Brandenburg ist kein selbständiger Verein.
- (4) Der Landesverband Berlin Brandenburg hat die Aufgabe,
 1. die Belange des Verbandes und aller persönlichen Mitglieder der Mitgliedsunternehmen gegenüber dem Gesetzgeber, der Verwaltung und sonstiger Institutionen in Berlin und Brandenburg im Einvernehmen mit dem Vorstand des Bundesverbandes zu vertreten und ihre Durchsetzung zu fördern,
 2. in Berlin und Brandenburg die Arbeit des VBI, insbesondere auch in der Öffentlichkeit zu unterstützen.

§ 2 Definition und Aufgaben der Landesversammlung

- (1) Die persönlichen Vertreter der Mitgliedsunternehmen des Landesverbandes bilden die Landesversammlung, die mindestens einmal im Jahr einzuberufen ist.
- (2) Folgende Beschlussfassungen obliegen der Landesversammlung:
 1. die Wahl des Landesvorstandes für eine Amtszeit von drei Jahren
 2. die Wahl der Kassenprüfer für eine Amtszeit von drei Jahren
 3. die Verabschiedung des vom Vorstand vorgelegten Landeshaushaltes
 4. die Genehmigung des von den Kassenprüfern festgestellten Jahresabschlusses
 5. die Entlastung des Landesvorstandes
 6. die Einrichtung einer Geschäftsstelle

§ 3 Einberufung der Landesversammlung

- (1) Eine Landesversammlung wird vom Landesvorstand schriftlich mit einer Frist von 30 Tagen, beginnend mit dem Tag der Absendung unter Angabe der Tagesordnung und des Tagungsortes einberufen.
- (2) Alle persönlichen Vertreter der Mitgliedsunternehmen des Landesverbandes und Altmitglieder sind stimmberechtigt.
- (3) Der Landesvorstand kann eine außerordentliche Landesversammlung einberufen, wenn dies im Interesse des Verbandes liegt. Er muss eine außerordentliche Landesversammlung einberufen, wenn dies eine Landesversammlung beschließt, oder wenn mehr

als fünf Prozent der stimmberechtigten Personen des Landesverbandes dies schriftlich unter Angabe der Gründe verlangen.

(4) Die Einberufung einer außerordentlichen Landesversammlung soll unverzüglich, spätestens aber innerhalb von zwei Monaten nach Vorliegen eines der Tatbestände gemäß Absatz 2 schriftlich unter Angabe der Tagesordnung und der Gründe zur Einladung mit einer Ladungsfrist von mindestens 14 Tagen erfolgen.

§ 4 Anträge

(1) Anträge der stimmberechtigten Personen der Landesversammlung werden behandelt, wenn sie schriftlich mit Begründung spätestens zehn Tage, bei verkürzter Ladungsfrist spätestens fünf Tage, vor dem Tagungstermin bei dem Landesverbandsvorsitzenden eingegangen sind.

(2) Anträge, die sich aus der Beratung eines Antrages ergeben, sind als Abänderungsanträge zuzulassen.

(3) Dringlichkeitsanträge können mit Mehrheitsbeschluss zugelassen werden.

§ 5 Durchführung der Landesversammlung

(1) Der Landesvorsitzende ist Sitzungsleiter der Landesversammlung. Er wird bei Wahlen von einer durch die Versammlung mit einfacher Mehrheit gewählten Person vertreten.

(2) Die Landesversammlungen sind nicht öffentlich. Der Sitzungsleiter kann namentlich zu nennenden Gästen die Anwesenheit gestatten.

(3) Abstimmungen erfolgen regelmäßig durch Handzeichen. Schriftliche Abstimmung muss erfolgen, wenn dies von der Versammlung mit einfacher Mehrheit beschlossen wird.

(4) Bei Wahlen wird grundsätzlich geheim abgestimmt, es wird offen abgestimmt, wenn dies von der Landesversammlung einstimmig beschlossen wird.

(5) Das passive Wahlrecht steht ausschließlich den persönlichen Vertretern zu.

(6) Eine Vertretung bei der Stimmabgabe ist ausgeschlossen. Stimmgleichheit gilt, von Wahlen abgesehen, als Ablehnung.

(7) Bei Wahlen ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Hat niemand mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten, so findet eine Stichwahl zwischen denjenigen statt, die die meisten Stimmen erhalten haben. Gewählt ist dann derjenige, der die meisten Stimmen erhält. Bei Stimmgleichheit entscheidet das vom Tagungsleiter zu ziehende Los. Ein Abwesender kann gewählt werden, wenn dem Tagungsleiter eine schriftliche Erklärung des Betroffenen zur Annahme der Wahl vorliegt.

§ 6 Protokoll der Landesversammlung

(1) Die Beschlüsse der Landesversammlung sind in einem Protokoll aufzunehmen, dem eine Anwesenheitsliste beizugeben und das vom Sitzungsleiter sowie von dem Schriftführer zu unterzeichnen ist. Der Kassenbericht mit Prüfungsergebnis des Landesrechnungsprüfers ist dem Protokoll der jeweiligen Landesversammlung beizufügen.

(2) Eine Abschrift des Protokolls nebst Anlagen ist den Mitgliedern des Landesverbandes unverzüglich zuzuleiten.

(3) Das Protokoll der Landesversammlung wird gleichzeitig dem Vorstandsvorstand über die Bundesgeschäftsstelle zugeleitet und von diesem an die übrigen Mitglieder des Verbandes weitergegeben.

§ 7 Landesvorstand

(1) Der Landesverband wählt auf der Landesversammlung aus seiner Mitte für 3 Jahre einen Vorstand.

(2) Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, dem Stellvertreter, dem Kassenwart, dem Schriftführer und mindestens einem, und höchstens drei weiteren Vorstandsmitgliedern. Wiederwahl ist zulässig.

(3) Die Landesversammlung wählt den Landesvorsitzenden aus den Reihen des neu gewählten Vorstandes.

(4) Der Landesvorstand ist beschlussfähig, wenn er von seinem Vorsitzenden mit einer Frist von acht Tagen schriftlich unter Angabe der Tagesordnung und des Tagungsortes einberufen und mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist. In dringenden Fällen kann auf die Formalien der Einberufung verzichtet werden.

(5) Der Landesvorstand kann auch im schriftlichen Verfahren beschließen, wobei Beschlüsse gültig sind, wenn sich 2/3 seiner Mitglieder zur Beschlussvorlage geäußert haben.

(6) Über die Beschlüsse des Landesvorstandes ist ein Protokoll zu fertigen.

(7) Zu Sitzungen des Landesvorstandes können Gäste eingeladen werden. Gäste sind nicht stimmberechtigt.

(8) Der Kassenwart hat als Mitglied des Landesverbandes jährlich einen Kassenbericht zu erstellen und im Einvernehmen mit dem Geschäftsführer im Namen des Landesverbandes alle Kassen- und Bankgeschäfte zu führen

Berlin, den 17.11.2011